

KOMPROMISS IM STREIT UM SOFORTHILFEN



**„IM NÄCHSTEN SCHRITT MUSS ES
DARUM GEHEN, DIE BERATUNG DER
BETROFFENEN VON HANAU ÜBER DAS
JAHR 2020 HINAUS ZU SICHERN.“**

- Beratungsstelle response und das hessische Innenministerium verständigen sich auf Kompromiss.
- Längerfristige Hilfen für die Betroffenen von Hanau sind noch nicht gesichert.
- Großer Dank für Solidarität und Unterstützung aus Politik und Zivilgesellschaft.

Die hessische Beratungsstelle response und das hessische Innenministerium haben sich auf einen Kompromiss über die Vergabe von Soforthilfen für die Beratungsstelle response und ihre Arbeit für die Betroffenen des rassistischen Anschlags von Hanau verständigt: **Die einmaligen Sondermittel des Bundes in Höhe von 50.000 Euro werden nun direkt an die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt überführt. Dadurch ist es möglich, auch Personalkosten der Berater*innen in Hanau zu finanzieren.**

„Wir freuen uns, dass das hessische Innenministerium bereit war, mit uns eine konstruktive Lösung zu finden, die an erster Stelle der qualifizierten Beratung der Betroffenen des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau verpflichtet ist“, sagt Olivia Sarma, Leiterin von response.

„Jetzt muss es im nächsten Schritt darum gehen, die Begleitung der Betroffenen von Hanau über das Jahr 2020 hinaus zu sichern“, so Sarma weiter. **Die Beratungsstelle response geht von immerhin 80 bis 100 Personen aus, die psychosoziale, sozialrechtliche und stärkende Begleitung bei der Bewältigung der Folgen des Anschlags benötigen werden, darunter Augenzeug*innen, Angehörige und Freund*innen der Ermordeten.** Das reguläre Jahresbudget der Beratungsstelle wurde aber kalkuliert, ehe ein Rechtsterrorist auf einen Schlag das Leben von zehn Menschen ausgelöscht und eine ganze Stadt schwer verwundet hat.

„Wir sind zuversichtlich, dass im Innenministerium auch ein Weg für die verlässliche Finanzierung des zusätzlichen Beratungsaufkommen gefunden wird“, sagt Sarma. Neben response werden auch andere wichtige Stellen im Hilfenetzwerk, wie z.B. die Initiative 19. Februar, das Institut für Toleranz und Zivilgesellschaft, die Koordinierungsstelle der Stadt Hanau, die Hanauer Hilfe oder das JuZ Kesselstadt, Betroffene langfristig begleiten.

Wie wichtig der hessischen Bevölkerung die verlässliche Beratungsarbeit für Betroffene rechter Gewalt ist, zeigen die zahlreichen Solidaritätsbekundungen, die response in den vergangenen Monaten auf verschiedensten Kanälen erreichten. **„Wir sind überwältigt von der großen Unterstützung, die uns in unseren Netzwerken, in Politik, Zivilgesellschaft und medialer Öffentlichkeit zuteil geworden ist und möchten uns dafür ausdrücklich bedanken.** Wir wissen diese Würdigung unserer Beratungstätigkeit sehr zu schätzen und nehmen sie als Ansporn, unsere Präventions- und Beratungsarbeit im Themenfeld rechter Gewalt gestärkt fortzuführen“, sagt Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, der Trägereinrichtung von response.

Zum Hintergrund:

Mit dem gefundenen Kompromiss beruhigt sich einstweilen ein Konflikt zwischen response und dem hessischen Innenministerium, den die Beratungsstelle im Frühsommer nach monatelangen erfolglosen Bemühungen um Klärung öffentlich gemacht hatte. Darin ging es um die einmalige Zahlung von Sondermitteln in Höhe von 50.000 Euro, die das Bundesfamilienministerium dem response-Team für die stark gestiegene Beratungsarbeit nach dem Anschlag von Hanau zugesagt hatte. Das hessische Innenministerium hatte dieses Geld in der Folge nicht an response weitergeleitet und eine Zweckbindung für Honorare und Sachmittel, die der Bund so nicht vorgegeben hatte, als Begründung genannt. Die Mobile Opferberatung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt hatte Bundesmittel in gleicher Höhe für die Bewältigung des Beratungsaufkommens nach dem Anschlag von Halle hingegen unkompliziert erhalten.

**Eva Berendsen und
Marie-Sophie Adeoso**

Ansprechpartnerinnen
Für die Presse

T. (+49)69 560 00 – 232/-264
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main

#IstAlltag

#Hessenschauthin

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken – auch in Form digitaler Bildungsformate. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.